

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



März 2009

Von wegen 5,8% Stimmt mit NEIN!

zum Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst der Länder 2009/2010

Die Gewerkschaftsbasis ist inzwischen daran gewöhnt, dass Gewerkschaftsspitze und Apparat Tarifabschlüsse schönrechnen und Niederlagen als Erfolg zu verkaufen. Aber die Art und Weise wie dieser Abschluss verkauft wird, enthält ein neues Maß an Dreistigkeit.

Reallohnabbau geht weiter

Nicht umsonst lag die Forderung bei mindestens 200 Euro mehr bzw. 8%. Wir wollten die massiven Verluste durch die Einführung des TV-L und die drei Nullrunden von 2005 bis 2007 wenigstens teilweise ausgleichen. Dieses Ziel wurde grandios verfehlt. Selbst wenn wir eine durchschnittliche Erhöhung von 5,8

bekommen hätten, wäre das viel zu wenig. Denn der Abschluss bezieht sich auf 2 Jahre und schreibt man die Inflationsrate von 2,8% in 2008 für die Jahre 2009 und 2010 fort, dann wäre das gerade mal ein Inflationsausgleich. Der springende Punkt ist, dass es diese 5,8%-Erhöhung im Durchschnitt gar nicht gibt. Für die Monate Januar und Februar bekommen wir nur je 20 Euro mehr im Monat. Ab 1.3.09 gibt es

40 Euro plus 3% mehr. Im Jahr 2010 gibt es im Januar und Februar zwei Nullmonate und erst ab 1.3.2010 nur 1,2% mehr. Wir haben Tabellenübersichten über den Abschluss erstellt und auf unserer homepage veröffentlicht. Sie machen deutlich, wie gering die Erhöhungen sind.

Wegfall des Leistungsentgelts = 1% Lohnklau

Der Wegfall des Leistungsentgelts (§ 18 TV-L) reduziert die Lohnerhöhung um 1%. Wir erinnern daran, dass der Leistungsentgelttopf durch die Ersparnisse der Arbeitgeber beim Wegfall der Kinderzuschläge (pro Kind 96 Euro), des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds mit bis zu 8% der Lohnsumme gespeist werden sollte. Diese tarifliche Errungenschaften, für die die ÖTV vor Jahrzehnten hart gekämpft hat, werden von der ver.di-Führung ohne Legitimation durch die Gewerkschaftsbasis einfach weggeschmissen. Diese Tatsache verheimlicht die ver.di-

Erhöhung auf	2009	2010	Differenz zum TVÖD
2 Monate	2,2%		-38,60
12 Monate	2,3%		-38,53

Unsere Berechnungen können als PDF-Datei unter www.netzwerk-verdi.de heruntergeladen werden.

Führung in ihren Stellungnahmen. Das betrachten wir als Skandal. Wir fordern, dass die Kinderzulagen, das Urlaubsgeld und das volle Weihnachtsgeld wieder fester Bestandteil unseres Lohns werden.

Spaltung vertieft

Der Abschluss bei Bund und Kommunen im letzten Jahr war schon viel zu mager und wurde auch noch mit einer halben Stunde unbezahlter Verlängerung der Arbeitszeit bezahlt.

Der Abschluss bei den Ländern liegt entgegen der Behauptung der ver.di-Führung noch unter dem Niveau des TVöD. In der EG 9 Stufe 3 hat z.B. ein Landesbeschäftigter 2009 rund 40 Euro weniger als ein Beschäftigter bei der Kommune. Selbst die Tarifierhöhung für 2010 reicht nicht aus, um an den TVöD von 2009 heranzukommen. Da bei den Ländern weiterhin die Stufe 6 ab Entgeltgruppe 9 bis 15 fehlt, beträgt 2009 die Differenz nach 15 Dienstjahren zwischen den Landes- und den Kommunalbeschäftigten zwischen 150 und 450 Euro. Siehe unsere Übersicht auf

der homepage.

Mit der 1,2%-Erhöhung ab 1.3.2010 hat ver.di Druck für einen ähnlichen miserablen Abschluss in der Tarifrunde bei Bund und Kommunen im nächsten Jahr aufgebaut. Durch die veränderten Laufzeiten wird die Spaltung des öffentlichen Dienstes mit aktiver Beteiligung von ver.di fortbetrieben.

Durch den Wegfall des Leistungsentgelts und die höheren Abzüge bei den Angestellten geht auch die Schere zwischen dem Nettoentgelt von verbeamteten Kolleginnen und Kollegen und Angestellten noch weiter auseinander. Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird von der Gewerkschaftsführung auf der ganzen Linie aufgegeben.

Bewährungsaufstiege ade ?

Als einzige Gewerkschaft hatte die GEW die Forderung aufgestellt, dass die Bewährungs- und Fallgruppenaufstiege des BAT für alle Beschäftigten weiter gelten und dass es keine Herabstufung bei Arbeitgeberwechsel geben

darf. Das Netzwerk war der Meinung, dass ver.di diese Korrekturen am TV-L übernehmen und gemeinsam mit der GEW erstreiken muss. Nichts davon wurde erreicht. Aber es kommt noch dicker. In Punkt 7 des Tarifabschlusses heißt es: „die bisherigen Eingruppierungsgrundsätze, die redaktionell bereinigten Fallgruppen des allgemeinen Teils der Anlage 1a zum BAT und die zu entwickelnden Funktionsmerkmale sollen die Entgeltordnung des TV-L bilden und sind alsbald in Kraft zu setzen.“ Soll das heißen, dass das Ziel über eine höhere Eingruppierung einen Ausgleich für den Wegfall der Bewährungsaufstiege zu schaffen, aufgegeben wird? Wenn das so ist, dann werden die Armutslöhne ganzer Berufsgruppen (z.B. Erzieherinnen und Pflegekräfte) im TV-L zementiert. Dieser Betrug an den Beschäftigten muss verhindert werden.

Bsirske und Co. tragen die Verantwortung

Niemals zuvor hat die ver.di-Führung derart die nicht (mehr) organisierten Kolleginnen und Kollegen beschimpft und ihnen die Verantwortung für die „Schwächen des Kompromisses“ in die Schuhe geschoben. „Uns stinkt, dass ihr uns bei den Warnstreiks und Mobilisierungen allein gelassen habt ...“ so beginnt die Schimpfkanonade im ver.di Flugblatt 4/09. Wir betrachten das als eine grandiose Unverschämtheit einer völlig abgehobenen Bürokratie und als Ablenkung von ihrer eigenen Verantwortung. Die ver.di-Führung hat seit der Tarifbewegung 2002/3 die immer wieder gezeigte Kampf- und Streikbereitschaft regelrecht sabotiert und einen Ausverkauf nach dem andern betrieben. Der Höhepunkt waren TVöD/TV-L. Diese Tarifverträge wurden hinter den Kulissen ausgehandelt. Sie sind die größte Niederlage für die Be-

Arbeitszeitappell unterschreiben

arbeitszeitappell.de



Das Netzwerk gehört zu den Mitinitiatoren des Appells für eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Angesichts der rasanten Arbeitsplatzvernichtung wird der Kampf für Arbeitszeitverkürzung enorm wichtig. Dass das viele Kolleginnen und Kollegen in ver.di auch so sehen, zeigt sich daran, dass zwei Wochen nach Veröffentlichung des Appells bereits 1.000 Kolleginnen und Kollegen unterzeichnet haben. In der Tarifrunde 2010 bei Bund und Kommunen muss der Kampf für die 35-Stunden-Woche zusammen mit einer offensiven Lohnforderung aufgenommen werden. Die Landesbeschäftigten sind dabei mit einzubeziehen. Zusätzlich könnte für sie ein Nachschlag beim Lohn erhoben werden. Die Diskussion dafür muss ab sofort geführt werden.

Als ersten Schritt fordern wir Euch auf, den Appell zu unterzeichnen. Ihr findet ihn auf der Netzwerk-homepage oder direkt unter www.arbeitszeitappell.de

schäftigten des öffentlichen Dienstes in der Nachkriegszeit und werden uns als Erfolg verkauft. Die Gewerkschaftsführung hat durch diese Politik in den letzten Jahren soviel Glaubwürdigkeit und Vertrauen verspielt, dass es in dieser Tarifrunde darauf angekommen wäre dieses verlorene Vertrauen durch einen entschlossenen und ehrlichen Kampf zurückzugewinnen. Genau das ist nicht passiert. Bereits nach der ersten Warnstreikwelle wurde in der dritten Verhandlungsrunde ohne Absprache mit der Basis die Forderung halbiert. Das führte zurecht zu Misstrauen und hatte eine demobilisierende Wirkung für die weiteren Warnstreiks. Die Streikstrategie war eine Katastrophe. Alles lief verzettelt. Dabei hätte man mit gemeinsamen Streiks mit Kollegen der Telekom und im ÖPNV in Bayern und Hessen und durch die Wiederaufnahme der Tarifrunde bei den Banken eine enorme gemeinsame Streikkraft erreichen können. Die GEW Bremen hat zweimal mit überwältigendem Erfolg die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen zum Streik aufgerufen. Dieses positive Beispiel wurde noch nicht mal bundesweit bekanntgemacht. Man hat den Beamten in anderen Bundesländern sogar von Gewerkschaftsseite aus gesagt, dass sie nicht streiken dürften. Das Scheitern der Tarifrunde bei der Telekom bot die Perspektive für einen gemeinsamen schlagkräftigen Streik. Doch bei den Ländern wurde zwei Tage nach diesem Scheitern abgeschlossen und bei der Telekom flüchtete sich ver.di, trotz enorm hoher Beteiligung bei Warnstreiks, in die Schlichtung. Die Beteiligung von 100.000 in zwei Warnstreikwellen bei den Ländern wäre bei einem Erzwingungsstreik enorm steigerungsfähig gewesen, wenn die Führung eine ehrliche und entschlossene Haltung und eine effektive Streikstrategie geboten

Jetzt erst recht

Am 28. März zu den Demos in Frankfurt und Berlin



Unter dem Motto „Wir bezahlen nicht für Eure Krise“ ruft ein breites Bündnis von Erwerbsloseninitiativen, attac, Gewerkschaftsgliederungen, die Partei DIE LINKE und andere linke Organisationen am 28. März zu bundesweiten Großdemonstrationen nach Frankfurt und Berlin auf. Das Netzwerk gehört zu den Aufrufern für diese Demos. Wir halten es für wichtig, dass viele Kolleginnen und Kollegen an diesen Demos teilnehmen und den Herrschenden signalisieren: bis hierher und nicht weiter. Auch an die Adresse der Gewerkschaftsführung müssen diese Demos das unmissverständliche Signal sein, dass wir ihre Politik des kapitalistischen Krisenmanagements mit Regierung und Kapital nicht hinnehmen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass ver.di und GEW die Beschäftigten an Schulen und Hochschulen zu den von Studierenden und Schülern geplanten Bildungsstreik Mitte Juni aufrufen und dieser als Bildungsstreik möglichst zu einem Generalstreik aller ausgeweitet wird.

Den Aufruf findet Ihr unter www.netzwerk-verdi.de

hätte. Auch wegen den Wahlen in diesem Jahr hätten die Arbeitgeber mit einem Streik massiv unter Druck gesetzt werden können. Nach der geltenden ver.di-Satzung reichen 25% Zustimmung zur Annahme des Ergebnisses. Das heißt die Minderheit entscheidet über die Annahme und nicht die Mehrheit. Es ist deshalb verlogen, wenn die ver.di-Führung ihre Mitgliederbefragung als demokratisch verkauft. Wir fordern Euch trotzdem auf, den Stimmzettel zu nutzen, um Eure Ablehnung zum Ausdruck zu bringen.

Gewerkschaftsführung steht auf der anderen Seite

Die Tarifrunde bei den Ländern ist ein erneuter Beweis dafür, dass die Führung von ver.di und der anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst eher die Interessen der Arbeitgeber als die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder vertreten. In der Krise heißt das mitzuhelfen, die Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. Das ist

der Zweck der Beteiligung von Gewerkschaftsvorsitzenden an Konjunkturgipfeln im Kanzleramt. Die Tarifrunde bei den Banken wurde „ausgesetzt“ weil der ver.di-Führung der Ausgleich der Spekulationsverluste und der Machterhalt der angeschlagenen Bankmanager wichtiger ist als die Löhne und Arbeitsplätze der Bankbeschäftigten. Die Halbierung der Tarifforderung in der dritten Verhandlungsrunde bei den Ländern wurde von ver.di-Funktionären bezeichnenderweise mit der Rücksichtnahme auf die schlechte wirtschaftliche Lage begründet. Die Sanierung der Finanzkrise von Banken und Staat ist der Gewerkschaft also wichtiger als die Behebung der Finanzkrise der Landesbeschäftigten. Bei dieser staatstragenden und systemstabilisierenden Haltung des ver.di-Vorstands ist es dann auch nur konsequent, nicht zu den bundesweiten Demos am 28.3. in Frankfurt und Berlin aufzuruhen. Hauptsache Ruhe bewahren und lieber gemeinsam mit den Unternehmern und Politikern mauscheln. Egal wie viel Jobs

draufgehen, egal wie viel Kolleginnen und Kollegen wegen Kurzarbeit und Lohnrückerei nicht mehr über die Runden kommen. Das wichtigste für unsere Spitzenfunktionäre ist der Erhalt des System Kapitalismus und ihre Zugehörigkeit zum Establishment. Wenn Gewerkschaftsvorsitzende wie Frank Bsirske 13.000 Euro im Monat verdienen, spüren sie selbst nicht den Druck von massiv gesunkenen Löhnen. Wir brauchen Funktionäre, die nicht mehr verdienen als einen Durchschnittslohn und jederzeit abwählbar sind.

Ist ver.di noch zu retten?

Immer mehr Kolleginnen und Kollegen fragen sich ob ver.di noch zu retten ist. Sicher ist, dass wir uns die Politik der Füh-

rung nicht länger leisten können und dagegen eine Opposition aufbauen müssen. Wir dürfen in keinem Fall der ver.di-Führung das Feld überlassen. Selbst wenn es irgendwann nötig wird, eine neue Gewerkschaft zu gründen, wird diese nicht wie Phönix aus der Asche entstehen können. Es ist in jedem Fall wichtig, dass diejenigen, die kämpferische und demokratische Gewerkschaften wollen sich zusammenschließen, egal ob sie ver.di-Mitglied, Nichtmitglied oder Mitglied einer anderen Gewerkschaft sind. Das Netzwerk ist dafür ein Angebot. Auch der Aufbau von unabhängigen Betriebsgruppen und oppositionelle Betriebs- und Personalratslisten sind wichtige Schritte in diese Richtung. Wenn solche Zusammenschlüsse und Betriebs-

Bundesweites Netzwerktreffen

**Samstag, den
10. Oktober 2009
Kassel**

Tagesordnung und nähere
Infos auf der homepage
www.netzwerk-verdi.de

gruppen eine gewisse kritische Masse erreicht haben, können sie in ver.di realen Druck und Einfluss ausüben. Wir fordern deshalb alle Kolleginnen und Kollegen, die unsere Positionen teilen auf, mit uns aktiv zu werden. Lasst Euch in unseren Verteiler aufnehmen. Kommt zu unserem nächsten bundesweiten Treffen am Samstag, den 10. Oktober nach Kassel.

Wer wir sind und was wir wollen

Seit dem Sommer 1996 gibt es das Netzwerk von kritischen aktiven KollegInnen in der ötv, jetzt in ver.di. Viele Mitglieder sind aus Enttäuschung mit den Gewerkschaften in den letzten Jahren ausgetreten. Wir haben dafür Verständnis, halten es aber für den falschen Weg. Denn wir brauchen dringender denn je Gewerkschaften mit denen wir unsere Interessen gegen Unternehmer und Regierungen verteidigen können. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müssen Gewerkschaften zu dem werden, wofür sie gegründet wurden: zu Kampforganisationen der arbeitenden Klasse. Wir wollen Gegenwehr statt Co-Management. Wir wollen Kämpfe, mit denen wir auch gewinnen können. Wir müssen endlich dem Beispiel unserer französischen und

italienischen KollegInnen folgen und uns mit Massenstreiks und Generalstreiks zur Wehr setzen. Wir müssen in der Tarifpolitik einen radikalen Kurswechsel durchsetzen. Die Politik der Gewerkschaften muss von der Basis bestimmt werden und nicht von abgehobenen Vorständen. Wir brauchen Funktionäre, die die Interessen der Basis vertreten und nicht mehr verdienen als einen Durchschnittslohn. Um das zu erreichen, müssen wir eine schlagkräftige innergewerkschaftliche Opposition aufbauen. Wir fordern alle kämpferischen Kolleginnen und Kollegen, ver.d-Mitglieder und auch Nichtmitglieder auf, mit uns dafür zu kämpfen. Nehmt Kontakt mit uns auf, lasst Euch in unseren Verteiler aufnehmen.

Kommt zu unserem bundesweiten Treffen am 10.10.2009 in Kassel

Nehmt Kontakt mit uns auf.

Lasst Euch in den Netzwerkverteiler aufnehmen.

Kommt zu unseren Treffen.

Netzwerk 
für eine kämpferische und demokratische ver.di

V.i.S.d.P.: Angelika Teweleit, Emser Str. 78, 12051 Berlin

www.netzwerk-verdi.de

info@netzwerk-verdi.de